Morgen-Ausgabe.

„Berliner Tageblatt“
erscheint wochentags zweimal, Sonntags einmal. Man abonniert bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches, Oesterreich-Ungarns, der Schweiz, Italiens, Belgiens, Luxemburgs, der Niederlande (Holland), Dänemarks, Schwedens und Norwegens, Rußlands und der Donaustaaten; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur p. Kreuzband durch d. Expedition dieses Blattes möglich. In Berlin abonniert man bei d. Haupt-Expedition, SW. 19, Jerusalemerstr. 46/47, sowie deren Filialen: Leipzigerstr. 103; Potsdamerstr. 38; Königstr. 56/57; Prinzenstr. 41; Alt-Moabit 138; Schiffbauerdamm 1; Große Frankfurterstr. 23; Mittenwalderstr. 6; Gneisenaustr. 20; Kaiserstr. 32; Wedding, Gerichtstr. 14; Schöneberg, Feurigstr. 12; Charlottenburg, Kantstr. 34; Rixdorf, Prinz Handjerystr. 83/84.
Chef-Redakteur: Arthur Levysohn in Berlin.

Abonnements-Preis
für das „Berliner Tageblatt“ u. „Handels-Zeitung“, sowie das illustr. Wochenblatt „ULK“, die feuilleton. Montags-Ausg. „Feierstunde“, die „Technische Rundschau“, der illustr. Halbwochen-Chronik „Der Welt-Spiegel“ und „Haus und Garten“ durch die Post bezog. vierteljährlich 6 M., Rußland erfl. Postaufschlag; für Berlin bei tägl. zweimal. Zustell. monatl. 2 M., vierteljährl. 6 M. Direkt unter Kreuzbd. vierteljährl.: Nach Rußland 18 M., nach Inland 14 M. Inseratenpreis Zeile 60 Pf. („General-Anzeiger“ 30 Pf.) werd. i. d. Exped. SW. 19, Jerusalemerstr. 46/47, sowie der Filialen: Leipzigerstr. 103, Ecke Friedrichstr.; Potsdamerstr. 38; Königstraße 56/57; Prinzenstr. 41; Alt-Moabit 138; Schiffbauerdamm 1; Gr. Frankfurterstraße 23; Charlottenburg, Kantstr. 34; Rixdorf, Pr. Handjerystr. 83/84 angenommen.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt.

Nummer 224. Berlin, Freitag, den 4. Mai 1906. XXXV. Jahrgang.

Hierzu die Wochen-Beilage „ULK“ No. 18.

Die Wahlaussichten.

(Von unserem Korrespondenten.)

△ **Paris**, 1. Mai.

Der gefürchtete 1. Mai ist ohne ernsteren Unfall vorübergegangen. Auf der Place de la Republique und in der Gegend der Arbeiterbörse hat es, wie schon häufig, Prügeleien und Kavallerieattacken gegeben, aber das wohlhabende Publikum in den westlichen Stadtvierteln hat sich umsonst verproviantiert und umsonst gezittert. Die klerikalen und nationalistischen Demagogen, die dieses Publikum in eine unsinnige Furcht hineingehetzt haben und über eine kleine Revolte sehr entzückt gewesen wären, müssen nun ein anderes Mittel erfinnen. Der „Figaro“ und der „Gaulois“, der „Eclair“ und das „Echo de Paris“, die „Liberté“ und die „Debats“ werden zweifellos mit ihrer kunstvollen Dialektik beweisen, daß die Regierung an der Aufrechterhaltung der Ordnung absolut kein Verdienst habe; aber diese dialektischen Kunststücke werden nicht darüber hinwegtäuschen können, daß die reaktionären Parteien um eine schwere Enttäuschung reicher sind. Werden die Reaktionäre nach der Enttäuschung, die der 1. Mai gebracht, am Wahltage, 6. Mai, eine noch schwerere Enttäuschung erleben, oder werden die großen Hoffnungen in Erfüllung gehen, die alle klerikal gefärbten Elemente bereits seit Wochen triumphierend geäußert? Es ist auch heute noch sehr mißlich, den Zukunftsdeuter zu spielen und Prophezeiungen auszusprechen; aber ich glaube doch, daß die Klerikalen noch einmal die Genasführten sein werden.

Das soll durchaus nicht sagen, daß der „bloc“ in den Wahlen nicht empfindliche Einbußen erleiden, und daß die Reaktion nicht manchen Sitz erobern und somit scheinbar als Sieger aus dem Kampfe hervorgehen könnte. Schon wiederholt ist hier dargelegt worden, wie sehr der linksrepublikanische „bloc“ nach Erledigung seines antiklerikalen Reformprogrammes an frischer Werbekraft verloren hat, und wie viel ungünstiger seine Stellung geworden ist, seit er statt der von Waldeck-Rousseau und Combes ergriffenen Offensive nur noch eine Defensivtaktik befolgen kann. Niemand bezweifelt auch, daß die gewaltige Streikbewegung die mittleren Gruppen des „bloc“ — Radikale und Radikalsozialisten — geschädigt, daß sie die Sozialisten dem „bloc“ vielfach entfremdet und das zaghafte Bürgertum den „Gemäßigten“ in die Arme getrieben hat. Die republikanische Linke muß bei einer solchen Lage der Dinge mit einigen Verlusten rechnen, und die Frage ist nur, ob die Verluste des „bloc“ und die Gewinne des Klerikalismus einen wirklichen politischen Umschwung zur Folge haben würden.

Dank dem ungestümen Vorgehen des alten, noch heute von allen Klerikalen wie der Gottseibeiuns verhaßten Combes und dank der Einigkeit des „bloc“ sind die Orden vertrieben, ist der Ordensunterricht abgeschafft, ist die Trennung von Kirche und Staat votiert und gesetzlich geregelt worden. Wird es der neuen Kammer möglich sein, diese Reformen ganz oder teilweise wieder zu annullieren, wird sie vor allem in der Lage sein, die noch nicht durchgeführte Trennung von Kirche und Staat zu widerrufen und ein neues Konkordat mit der römischen Kurie abzuschließen? Nur darauf kommt es bei diesem ganzen Wahlkampfe an, und gelingt es den Klerikalen nicht, das Trennungsgesetz umzustoßen, so haben sie, genau wie 1902, all ihr so reichlich für die Agitation geopfertes Geld einfach zum Fenster hinausgeworfen. In Rom scheint man zu glauben, daß die neue Kammer wirklich imstande sein könnte, das Trennungsgesetz zu beseitigen, und nur aus diesem Grunde hat die Kurie bis heute gezögert, zu diesem Gesetze offiziell Stellung zu nehmen und den französischen Katholiken die notwendigen Weisungen zu erteilen. Ist es sehr wahrscheinlich, daß der römische Wunsch in Erfüllung gehen, und daß aus der Asche des alten Konkordates ein neues, noch schöneres Konkordat siegreich auferstehen wird? Ein solches Resultat wäre nur durch die Zertrümmerung des „bloc“, durch eine gründliche Umwälzung der Parteiverhältnisse zu erreichen.

Wer die Parteiverhältnisse in der französischen Kammer mit annähernder Sicherheit feststellen, wer auch nur die Stärke des „bloc“ und die Ziffern der Opposition einigermaßen richtig abschätzen will, der steht vor einer sehr schwierigen Aufgabe. Es gab in der letzten Kammer etwa 90 Deputierte, die sich einfach „Republikaner“ nannten, und von denen nicht wenige abwechselnd für und gegen die linksrepublikanischen Regierungen, mit dem „bloc“ und mit dem „progressistischen“ oder „gemäßigten“ Zentrum zu stimmen pflegten. Es gab unter den Radikal-Sozialisten und Radikalen jene „Dissidenten“, jene Kloß, Locroy, Chaumet, Charles Bos, Henri Maret, die sich um Doumer und Millerand scharten, das Kabinett Combes am wütendsten bekämpften und sich schließlich zu einer eigenen „radikal-sozialistischen“ Gruppe vereinigten. Es gab ferner die revolutionären Sozialisten und seit einigen Monaten die „geeinigten“ Sozialisten, die heute für und morgen gegen das Kabinett ins Feld zogen, und die jetzt, seit dem Beschlusse ihrer Parteitage, nicht mehr mit voller Berechtigung zum bürgerlichen „bloc“ gezählt werden dürfen. Am 15. Januar 1903, in einer Debatte über die Auflösung der Kongregationen, hatte das Ministerium Combes eine Mehrheit um 107 Stimmen, am 26. März wurden die 81 unterrichtenden Frauenorden mit 116 Stimmen Majorität zum Verschwinden verurteilt. Der Ordensunterricht — auch der Unterricht der noch nicht aufgelösten Orden — wurde am 7. März 1904 mit einer Mehrheit von 64 Stimmen abgeschafft, und am 3. Juli 1905 votierten von den 591 Mitgliedern der Kammer 341 die Trennung von Kirche und Staat, während viele andere sich der Abstimmung enthielten. Unter Combes schmolz die Majorität in den Debatten über die Denunziationslisten auf 9 Stimmen zusammen, und auch unter Rouvier verringerte sich die Mehrheitsziffer, sobald die religiösen Fragen nicht auf der Tagesordnung standen. Nur dort, wo es den Kampf gegen den Klerikalismus galt, stimmten alle Parteien der Linken — und auch die „Dissidenten“ und die revolutionären Sozialisten — geschlossen mit der Regierung.

Beurteilte man die Zusammensetzung der vorigen Kammer nach den offiziellen Angaben, so sah sie 1902, beim Beginn der Legislaturperiode, folgendermaßen aus: Auf der linken Seite saßen: 14 revolutionäre Sozialisten, Allemanisten und Blanquisten (Vaillant, Coutant, Dejeante ꝛc.), 27 Sozialisten (Jaurès, Briant, Sembat, Rouanet, de Pressensé), 95 Radikalsozialisten (Brisson, Pelletan, Berteaux, und als spätere Dissidenten: Locroy, Henri Maret, Lanessan ꝛc.) und 74 Deputierte, die teils zur „Union democratique“ zählten (Etienne, Barthou, Deschanel), teils Ueberläufer des progressistischen Zentrums waren. Diesen 356 Deputierten der Linken, die aber fast nur in den kirchenpolitischen Debatten zusammenhielten, standen im Zentrum und auf der rechten Seite 234 Deputierte gegenüber, nämlich 102 „Gemäßigte“ oder „Progressisten“ (Ribot, Krantz, Renault-Morliere, Thierry, Aynard), 88 Konservative, Monarchisten, „liberale Republikaner“ oder „Ralliierte“ (de Mun, de Ramel, Baron Reille, Baron Denys-Cochin) und 44 Nationalisten, Antisemiten oder Plebiszitäre (Lasies, Guyot de Villeneuve, Millevoye, Gauthier de Clagny). Im Laufe der Legislaturperiode veränderte sich das Bild ein wenig, da durch den Uebertritt mehrerer Deputierten in den Senat (Rouvier, Princaré, Trouillot) und durch den Tod einiger anderen (Syveton, Archdeacon) Neuwahlen nötig wurden; aber die Abstimmung am 3. Juli 1905 über das Trennungsgesetz bewies, daß der Antiklerikalismus in der Kammer nicht an Boden verloren hatte. Der Klerikalismus konnte in der vorigen Kammer im günstigsten Falle 234 bis 240 Stimmen zusammenbringen. Er muß, da bei Anwesenheit aller Deputierten die absolute Majorität 296 beträgt, also etwa 60 Sitze gewinnen, wenn er in der neuen Kammer das beendete Reformwerk wieder umwerfen will.

Daß die Verlustliste der Linken so umfangreich werden sollte, ist einstweilen doch kaum anzunehmen. Die größten Pessimisten im Regierungslager rechnen bisher mit 40 verlorenen Sitzen, die größten Optimisten in den klerikalen Reihen mit 40 gewonnenen, und auch diese Ziffer erscheint vielen sehr übertrieben. Jaurès, der seit einem Jahre manche Sympathien eingebüßt hat, ist in Albi, wo der konservative Marquis de Solanges ihn arg bedrängt, sehr ernstlich gefährdet, und Deroulede wird möglicherweise seinen früheren Wahlkreis in Angouleme dem Radikalen Mulac wieder abnehmen. Im 14. Pariser Arrondissement kann der Radikalsozialist Messiriny leicht einem Nationalisten unterliegen, und auch andere Pariser Deputierte des „bloc“ scheinen bedroht; aber der Nationalist Lepelletier im 17. Arrondissement wird ziemlich sicher von dem radikalen Maire Costard verdrängt werden, und der nationalistische Admiral Bienaimé kann sein Mandat an den radikalsozialistischen Forschungsreisenden und Publizisten Hugues Le Roux verlieren. Im 16. Arrondissement tobt ein heißer Kampf zwischen dem bisherigen nationalistischen Deputierten Millevoye und dem reichen Marquis Mathieu de Noailles, dem Gatten der bekannten Schriftstellerin Madame de Noailles, der als Radikalsozialist kandidiert, und der wenigstens einen Teil jener „gens de maison“, jener Kutscher und Diener, auf seiner Seite hat, die in dem eleganten 16. Arrondissement den Ausschlag zu geben pflegen. Der Eintritt mehrerer Mitglieder alter Adelsfamilien in die radikalsozialistische Kandidatenarmee ist, nebenbei bemerkt, eine der interessanten Eigentümlichkeiten dieser Wahlkampagne. Außer dem Marquis de Noailles, der die Schmähungen des Herrn Millevoye mit einer Duellforderung beantwortet hat, ist auch ein Prince de Tarente für die äußerste Linke gewonnen worden.

Erobern die „Gemäßigten“ und die Rechte nun wirklich 30 oder 40 Sitze, so werden sie natürlich ein sehr lautes Triumphgeschrei erheben, aber es wird sehr bald klar werden, daß damit im Grunde nicht allzuviel geändert ist. Zentrum, Rechte und Nationalisten werden nicht stark genug sein, um — wie in Melines Tagen — unabhängig von der Linken zu regieren, und so werden nur jene „Konzentrationsministerien“ sich halten können, in denen Mitglieder des „gemäßigten“ Zentrums und Mitglieder der Linken vereint zusammensitzen. Solche Konzentrationsministerien waren aber auch schon die Ministerien Waldeck-Rousseau und Rouvier, und solch ein Konzentrationsministerium ist das Kabinett Sarrien, zu dem neben dem Sozialisten Briand, dem Radikalsozialisten Clemenceau und dem Radikalen Bourgeois ja auch der Progressist Poincaré als Finanzminister gehört. Gewiß würde nach einem großen Wahlerfolge des Zentrums das „gemäßigte“ Element in den Kammerten mehr als bisher den Ausschlag geben, gewiß würden manche schwankende Gestalten die Linke im Stiche lassen, und gewiß würde auf dem „Verwaltungswege“ die antiklerikale Arbeit erheblich gehemmt werden. Aber die Trennung von Kirche und Staat könnte kein Konzentrationsministerium widerrufen — und man kann hinzufügen, daß kaum ein rein progressistisches, auf die Rechte gestütztes Ministerium dazu imstande wäre, da die andere Kammer, der sehr antiklerikale Senat, ihm sofort mit einem geharnischten Veto entgegentrate.

Es ist, um es noch einmal zu wiederholen, mißlich und fast unmöglich, das Resultat der Wahlen vom 6. Mai auch nur annähernd vorherzusagen. Die Parteien arbeiten hier bis zu letzten Augenblick mit Ueberraschungseffekten, und man weiß nie im voraus, wie diese letzten Manöver und Mittelchen wirken werden. Der Minister des Inneren, Georges Clemenceau glaubte, solch einen Knalleffekt, solch ein wirksames Mittel gefunden zu haben, indem er Revolutionäre und Reaktionäre in einen Topf warf, einige revolutionäre Agitatoren und einige monarchistische Geldgeber gleichzeitig verhaften ließ und so die Schuld an allen Ruhestörungen dem Klerikalismus zuschob. Man kann der Meinung sein, daß der verhaftete Comte de Beauregard nur ein harmloses Opfer schmutziger Erpresserkünste geworden, und daß die ganze Komplottgeschichte bedenklich nach Polizeiwillkür und dunklen Spitzelmachinationen schmecke; aber es ist sehr wohl möglich, daß diese Geschichte im Lande einen besseren Eindruck erzielt, und daß Georges Clemenceau seine Absicht erreicht hat. Sehr geschickt und ungleich sympathischer ist der temperamentvolle Brief, in dem Clemenceau dem Leiter des klerikalen „Figaro“ zugerufen: „Sie greifen zu solchen Argumenten, weil wir, dank dem Stoizismus unserer Offiziere und Soldaten, das Blutbad vermieden haben, das Sie herbeigesehnt,“ — und sehr geschickt wird vermutlich auch die große Wahlrede sein, die Clemenceau übermorgen in Lyon zu halten gedenkt. Vielleicht werden die Klerikalen diesen Knalleffekten gleichfalls noch neue Manöver entgegenstellen, vielleicht werden sie mit ihrer Dialektik die Wählermassen überkölpeln, und vielleicht werden sie am 6. Mai den Sieg davontragen. Aber wenn sie siegen, so kommt ihr Sieg ein wenig zu spät, und sie würden dann möglicherweise jenen bankerotten Selbstmördern gleichen, die eine Stunde nach ihrem Hinscheiden das große Los gewinnen.

Das Gastrecht in Preussen.

Dem wiedergenesenen und seinen Geburtstag feiernden Reichskanzler Fürsten Bülow müssen gestern die Ohren geklungen haben. Denn mochte auch von ihm persönlich im Reichstage nicht die Rede sein, so desto mehr von den preußischen Regierungsmaximen, wie sie den russischen Flüchtlingen gegenüber zur Anwendung gelangt sind; und schließlich hat Fürst Bülow als preußischer Ministerpräsident doch auch ein Wörtchen dabei mitzusprechen. Vielleicht erfährt auch Fürst Bülow erst aus den Reichstagsverhandlungen genauer, um was es sich eigentlich handelt, da er bisher kaum die Zeit gefunden haben wird, sich zu informieren.

In diesem Falle darf man wohl hoffen, daß er jetzt seine ganze Autorität in die Wagschale wirft, um einer Polizeipraxis ein Ende zu machen, die uns nicht bloß vor dem Auslande diskreditiert, sondern die, was viel schlimmer ist, den ureigenen Empfindungen des deutschen Volkes einen Schlag ins Gesicht versetzt. Oder braucht man wirklich internationale Verträge, um zu wissen, was Gastfreundschaft bedeutet, und um diese Tugend, die wir aus den Anfängen unserer Kultur überkommen und bisher liebevoll gepflegt haben, auch heute noch zu üben? Das Gastrecht sollte in einem Kulturvolke, wie es das deutsche gottlob ist, allem Streit und Hader entrückt sein. Und doch mußte sich der Reichstag mit einem Verstoß gegen das Gastrecht in Preußen beschäftigen, wie er wenigstens im letzten halben Jahrhundert nicht zu verzeichnen war.

Fürst Bülow, wie gesagt, wird wohl als Rekonvaleszent bisher von diesem Vorgehen der Berliner Polizei kaum etwas erfahren haben. Vielleicht erklärt es sich daraus, daß sein Stellvertreter Graf Posadowsky die ganze Sache gestern auf die leichte Schulter nahm. Er konstruierte sich einfach einen formalen Grund, aus dem er die Beantwortung der sozialdemokratischen Interpellation über die Fremdenausweisungen ablehnen konnte, und verließ